

Vortrag

Kick-off Wirtschaftskonzept SP, Bern

Dank

Gesamtgesellschaftliche Herausforderungen

Schweiz, geografisch, von oben, von unten wenig

Ich möchte gerne mit ein paar Punkten beginnen, die eher auf den Charakter eines solchen Papiers abzielen, bevor ich dann auf ein paar Trends zu sprechen komme. Das scheint mir wichtig am Anfang einer Debatte über ein neues ökonomisches Denken und Handeln.

### *1. Optimismus*

Gewiss: Angesichts des Zustands der Welt – und auch des Zustands einiger sozialdemokratischer Parteien, anwesende Parteien ausgenommen – haben es derzeit selbst überzeugte Optimisten schwer. Die gute Nachricht aber ist: Bei aller krisenhaften Entwicklung haben sich die Voraussetzungen für progressive Alternativen in den vergangenen Jahren eher verbessert. Warum sich das nicht zwingend in sozialdemokratischen Wahlerfolgen niederschlägt, ist Teil der Diskussion, die alle sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien führen müssen.

### *2. TINA*

Vor mehr als drei Jahrzehnten markierten zwei Sätze Margaret Thatchers den Beginn eines weltweiten ökonomischen Umbauprozesses, der auch das Denken in der Folgezeit prägte: „Es gibt keine Alternative“ und „Ich kenne keine Gesellschaft, ich kenne nur Individuen“. Beide werden heute in Frage gestellt.

Die Rede von der „Alternativlosigkeit“ ist haltlos: In vielen zentralen Bereichen, bei der Energieversorgung, der Reform der Finanzmärkte, der Bekämpfung der

Ungleichheit, beim Klimaschutz, usw. wurden konkrete Alternativen formuliert. Intellektuell ist die Linke auf dem Vormarsch. Das war sie vor zehn Jahren noch nicht. Mit der von der Staatengemeinschaft verabschiedeten „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ gibt es zudem einen globalen Rahmen für die Vision einer sozial-ökologischen Transformation – mit konkreten Zielen und Indikatoren. Die intellektuellen, technologischen und teils auch materiellen Ressourcen für eine Transformation sind vorhanden. Daraus lassen sich durchaus überzeugende Alternativen basteln.

Zum zweiten Satz: Jahrzehntlang wurden Egoismus und Selbstsucht als Tugend verherrlicht, verbunden mit der Auffassung, dass nur eine marktkonforme Lebensführung ein gutes Leben ermögliche; dennoch ist heute auch die Sehnsucht vieler Menschen nach Gemeinschaft und Gemeinsinn groß. Der Kapitalismus als durchökonomisierte Lebensform, worin der Mensch als bloßer Kunde und Konsument auf den eigenen Nutzen konzentriert und reduziert ist, erscheint heute weniger als Verheißung denn als Zwang, sein eigenes Leben optimieren zu müssen. Heute spüren viele, dass nach der langen Phase des Neoliberalismus ein Endpunkt erreicht ist – es kann so nicht mehr weitergehen. Das Verlangen nach Orientierung und der Wunsch nach Veränderung sind groß.

Hier müssen wir ansetzen. Und mit dem Fatalismus brechen, dass nichts verändert werden kann. Oft sind Sozialdemokratinnen und Sozialisten heute vor allem in Abwehrkämpfe verstrickt. Stattdessen aber muss es darum gehen, den Kampf um die Zukunft wieder aufzunehmen. Dabei gilt es einen schmalen Grat zu beschreiten: einerseits Dringlichkeit und Reichweite der anstehenden Veränderungen deutlich zu machen, andererseits nicht bei schrillum Alarmismus stehen zu bleiben, um sich dann gemütlich am Abgrund einzurichten. Dies weckt nur gesellschaftliche Ohnmachtsgefühle, die

Zukunftsängste weiter schüren. Gesellschaften, so Alexander Kluge, haben einen enormen Bedarf an Zukunftserwartungen, an offenen, gestaltbaren Zukünften, die mehr als das Abtragen von „Altlasten und Schulden“ der Vergangenheit bedeuten.

Es ist dieser Glaube an eine bessere Zukunft, der vielen Gesellschaften abhandengekommen ist. Und es ist dieser Glaube, der wachzurufen, zu erneuern und politisch zu unterfüttern ist. Denn der Fortschritts- und Veränderungspessimismus ist Ergebnis jahrelanger angeblicher Alternativlosigkeit – und zementiert damit die aktuellen Machtverhältnisse. Das muss sich ändern und das kann sich auch ändern.

### *3. Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt?*

*Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt*, hat bezeichnender Weise mal ein deutscher Wirtschaftsminister gesagt – und man muss hinzufügen: und dort wird sie auch des Öfteren zugrunde gerichtet. Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008, die bis heute in unterschiedlichen Varianten anhält, hat uns dies noch einmal eindrücklich und schmerzhaft vor Augen geführt. Wirtschaft muss natürlich eingebettet werden in die Gesellschaft und wieviel reguliert und wieviel Markt dabei eine Rolle spielt, darum muss immer wieder neu gerungen werden. Und es ist ganz offensichtlich, dass dabei unterschiedliche gesellschaftliche Logiken aufeinanderprallen, Widersprüche entstehen, die gelöst werden wollen. Wenn ich das hier sage, dann ist es ein bisschen Eulen nach Athen tragen, weil, das habt ihr in eurem letzten Programm von 2006 ja auch schon gemacht, ausführlich gemacht (auf 190 Seiten!). Aber es lohnt sich, diesen Anspruch noch einmal am Anfang der Debatte zu unterstreichen.

Unsere Parteien waren in der Vergangenheit oft dann erfolgreich, wenn sie an den Schnittstellen und Konfliktlinien unterschiedlicher politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Logiken wirkten. Diese Fähigkeit des

Zusammendenkens und „Zusammenhandelns“ ist nun zu erneuern und zu beherzigen, etwa mit Blick auf das Verhältnis von sozialen und ökologischen Problemen, von Langfristzielen und konkreter Politik, von traditioneller Machthierarchie und dezentralen, gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen, von nationaler und globaler Ebene.

#### *4. Für einen neuen politischen Humanismus – auch in der Wirtschaft*

Ausgangspunkt auch eines wirtschaftspolitischen Programms muss ein politischer Humanismus sein, der die Menschen ernst nimmt – mit ihren Ängsten, aber insbesondere auch mit ihren Fähigkeiten, zur Lösung von Problemen beizutragen. Sozialdemokratische und sozialistische Politik muss ihnen die dazu nötigen Möglichkeiten, Instrumente und Plattformen bieten – am Arbeitsplatz, in den Kommunen, in politischen Gremien.

#### *5. Praktische Utopien*

Viele Fragen werden wir am Anfang des Weges noch nicht beantworten können, einiges wird nur als Silhouette sichtbar, manche Ausblicke dürften falsch sein. Das müssen wir aushalten. Neue Masterpläne, denen die Realität dann anzupassen sei und an denen die Linke schon so oft gescheitert ist, sollte es aus meiner Sicht nicht geben. Wir brauchen eher eine Kultur des Suchens und Experimentierens im Kleinen, die auch Irrtümer und Fehlritte zulassen und weiterverarbeiten kann. Aber wir sollten Leitlinien und Erwartungen formulieren, die der Orientierung und Mobilisierung dienen.

Um das Vertrauen in die Gestaltungskraft sozialdemokratischer Parteien zu stärken, braucht es beides: zum einen konkrete Projekte, die im Hier und Heute ansetzen. Zum andern längerfristige Überlegungen, die helfen, Öffentlichkeit und politische Verbündete zu mobilisieren, und die den Willen zur Veränderung und die Möglichkeit einer besseren Gesellschaft zum Ausdruck bringen.

Oft sind die vielen einzelnen Dossiers zu kleinteilig und zu unverbunden, um daraus ein Projekt zu formulieren, das tatsächlich in der Lage wäre, Partei, Öffentlichkeit und politische Verbündete zu mobilisieren. Häufig sind die großen Ziele – Freiheit! Gerechtigkeit! Solidarität! – wiederum zu abstrakt und zu weit entfernt, um strategisch tatsächlich zu überzeugen und Gestaltungsmöglichkeiten greifbar zu machen. Anspruch sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien muss es sein, „realistisch-visionäre“ Antworten/praktische Utopien auf die großen Fragen unserer Zeit zu formulieren. Wir müssen versuchen, das miteinander zu verbinden, was der französische Soziologe Didier Eribon als die unterschiedlichen Dimensionen linker Politik beschreibt: Eine „Horizontwahrnehmung“ der Welt als Ganzes, aber eben auch die konkreten und akuten Lebensumstände mit ihren Härten und Widrigkeiten.

Dies ist gewiss kein leichtes Unterfangen (Wirtschaftspolitisches Programm: verschiedene Ambitionsniveaus...

XXX

Vieles von dem, was ihr 2006 in eurem wirtschaftspolitischen Programm bereits kritisch angerissen habt, hat – leider – auch heute noch Bestand. Einiges hat sich dennoch verändert, anderes hat sich verschärft und zugespitzt. Ganz knapp werde ich ein paar Entwicklungen skizzieren, die aus meiner Sicht in einem neuen Programm besondere Beachtung brauchen.

## *6. Disziplinierung (1)*

Bereits vor über zwei Jahrzehnten sprach der damalige Bundesbankchef Hans Tietmeyer von der „wohltuenden Wirkung“ der internationalen Finanzmärkte: Sie seien in der Lage, quasi über Nacht, rasch „falsche politische Entscheidungen“ nationaler Gesetzgeber zu korrigieren. Die Formel Tietmeyers brachte den regelrechten Rationalitätsmythos um Märkte und

Marktentscheidungen auf den Punkt. Während es in der Vergangenheit ökonomischen und politischen Eliten dabei oft gelang, Entscheidungen zugunsten von Unternehmen und Kapitalbesitzern im Sinne des Allgemeinwohls darzustellen und neoliberale Vorhaben als Lösung für drängende soziale und ökonomische Probleme gesellschaftlich abzusichern, ist dieser stumme Konsens in den vergangenen zehn Jahren weiter brüchig geworden. Die Euphorie ist verflogen. Um die alte Politik dennoch fortsetzen zu können, trat an die Stelle des wegschmelzenden Konsenses ein immer größerer Konformitätsdruck: Stichworte dazu sind die weitere Isolierung ökonomischer Entscheidungen von demokratischen Prozessen, die weitere Finanzialisierung des Alltags, d.h. die Verbindung und Bindung von elementaren Bereichen des Lebens und der Daseinsvorsorge mit den Finanzmärkten, wie Wohnen und sozialer Schutz, aber auch Ernährung, Wasser und Land, wenn wir in den globalen Süden schauen (Landnahme), die weitere Konzentration und Bedeutung von Finanzmarktakteuren (too big to fail, Systembanken, Netzwerkanalyse ETH Zürich). Es ist dieses System, das in der Finanzkrise 2008 erschüttert wurde, Und es ist (fast) dasselbe System, das seither einen „seltsamen Triumph gescheiterter Ideen“ erfährt, wie dies Paul Krugman nannte. Fast zehn Jahre nach dem Untergang von Lehman Brothers ist von dem anfänglichen Veränderungselan nicht mehr viel zu spüren, künftig jedes Produkt, jeden Finanzplatz und jeden Akteur zu überwachen und zu regulieren. So damals der Beschluss der G20. In Hamburg wurde auf dem G20-Gipfel über alles geredet, aber nicht über Finanzmärkte.

Mit Blick auf die Finanzmärkte ist nach wie vor (fast) alles im roten Bereich. Wenn es also darum geht, die ökonomische Entwicklung nachhaltiger zu gestalten, Vertrauen in die Politik und innerhalb von Gesellschaften zu stärken, Ungleichheit abzubauen und die Bedürfnisse der Menschen wieder in den

Mittelpunkt ökonomischer Prozesse zu stellen, dann muss die politische Bändigung der internationalen Finanzmärkte ganz oben auf der Agenda stehen.

*Konkrete Stichworte:* strengere Regulierung des Schattenbankwesens, Rückzug aus der Staatshaftung, funktionierendes Trennbankensystem, Reform der Geschäftsmodelle von Rating-Agenturen, Reglementierung des Hochfrequenzhandels, massive Ausweitung der Aufsicht; Dazu gehört aber auch der Steuerbereich und ein Ende des ruinösen Wettlaufs um die niedrigsten Steuersätze, konsequente Trockenlegung von Steueroasen, länderbezogene Berichterstattung von Unternehmen; Banking von unten, gesellschaftliche Aufklärungsarbeit, Alternativen, FinTechs, alternative Banken- und Finanzwesen, Aufbau alternativer Kreditmärkte, Finanzsystem wieder seiner auf seine dienende Funktion zu beschränken.

Eine ähnliche Entwicklung hin zu mehr Disziplinierung lässt sich im übrigen in der Handelspolitik beobachten. Die angedachten und aktuell zu verhandelnden sogenannten „tiefen“ Handelsabkommen, haben mit denen noch vor 15 Jahren nur wenig zu tun. Es geht weniger um Zölle als vielmehr um Vereinbarungen über innerstaatliche Regeln wie technische, Gesundheits- oder Arbeitsstandards, Wettbewerbsregeln oder öffentliche Ausschreibungen. Der Widerspruch mit der demokratischen Entscheidungsautonomie der Nationalstaaten liegt hier auf der Hand, die einseitige Verfolgung der Interessen grenzüberschreitend tätiger Unternehmen zu Lasten anderer wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ziele und damit insgesamt einen Abbau von Demokratie und Rechtsstaat. Die Skepsis ist groß, zumal hier der Grad der Geheimhaltung der Verhandlungen geradezu groteske Züge annimmt. Aber dazu habt ihr einen Schwerpunkt und Heiner Flassbeck.

*7. Ausgewachsen (2)*

Der Münchner Soziologe Stephan Lessenich beschreibt das 20. Jahrhundert als ein Kampf der Wachstumssysteme: Wachstumskapitalismus gegen Wachstumssozialismus. Moderne Gesellschaften sind Wachstumsgesellschaften, Gesellschaften, in denen Wachstum der Dreh- und Angelpunkt ist, in denen Produktions- und Konsummuster, sozialer Schutz, politisches Handeln, Institutionen und Werteorientierungen auf ein stetiges Mehr ausgerichtet sind. Auch heute lautet die Antwort auf viele Probleme schlicht mehr Wachstum.

Hier kommt die schlechte Nachricht: Ganz abgesehen davon, ob und wie wir weiter wachsen wollen, mit welchen gesellschaftlichen und ökologischen Folgekosten und wie wir es mit der auch unter Sozialdemokraten und Sozialistinnen und Gewerkschaftern sehr umstrittenen Frage einer Postwachstumsgesellschaft halten, werden wir lernen müssen, mit niedrigeren und stagnierenden Wachstumsraten umzugehen und vor diesem Hintergrund die Gesellschaft gestalten.

2008 glaubten viele noch, dass es sich bei der Krise um einen kurzen und reversiblen Schock handelt, dem eine ebenso rasche Erholung folgt. Dem scheint nicht der Fall zu sein. Die ökonomische Dynamik schwächt sich insgesamt ab. Seit der Krise ist die durchschnittliche Wachstumsrate um 54% zurückgegangen. Und das schwache Wachstum erscheint noch geringer im Lichte der massiven Unterstützung durch die geldpolitischen Institutionen. (Leitzinsen, Aufkauf von Staatsanleihen, allein durch die EZB von 1,7 Billionen Euro). Die Great Malaise erfasst nun auch die Schwellenländer, also ausgerechnet jene Länder, die die Weltwirtschaft durch die Krise getragen haben und auf die in den Jahren danach knapp zwei Drittel des weltweiten Wachstums entfielen. Und auch die least developed countries lagen 2016 mit



im Schnitt 4,8% Wachstum deutlich unter den in den SDG postulierten 7 Prozent zur Erreichung der Armutsziele.

Der IWF nennt es *the new mediocre*, Larry Summers *the secular stagnation* und in China heisst es *the new normal*: Die Begriffe beschreiben alle eine neue wirtschaftliche Eiszeit, mit geringem (oder geringerem) Wachstum, Rezessionen und mageren Kapitalerträgen. Und es deutet einiges darauf hin, dass es gute Gründe gibt, davon auszugehen, dass dies auch erst einmal so bleibt: die demografische Entwicklung, größere Ungleichheit, mangelnde Durchschlagskraft und geringerer Kapitalbedarf von Innovationen, fehlendes Vertrauen in die Banken oder die Staatsüberschuldung.

## Ökologie

Und natürlich, aber das brauche ich hier nicht zu betonen, müssen die Wachstumsgesellschaften auch mit Blick auf die deutlichen ökologischen SOS-Signale umgebaut werden: Die Erderwärmung ist real, das ist nicht mehr zu bestreiten. Ins junge 21. Jahrhundert fallen 13 von 14 „heißen“ Rekordjahren, 2015 war das wärmste Jahr seit Beginn der systematischen Messungen 1880. Die Folgen: Die Meeresspiegel steigen, die Ozeane erwärmen sich, Gletscher schmelzen, das Eis der Arktis schwindet, die Permafrostböden tauen und Hitzewellen werden häufiger – mit zum Teil dramatischen Auswirkungen auf die Lebensbedingungen. Für viele Entwicklungsländer ist der Klimawandel bereits heute eine wahre Klimakatastrophe. Und auch sonst nimmt der Druck auf die Umwelt zu. Zu den drängendsten Problemen gehören die Verknappung und die abnehmende Qualität natürlicher Ressourcen (Boden, Trinkwasser, Hölzer), die Bedrohung der für heutige und künftige Generationen immens wertvollen Artenvielfalt, die Belastung weiter Bereiche der Biosphäre, besonders der Ozeane und Regenwälder, sowie die Urbanisierung (mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Städten). Um weiterhin sicher leben zu

können, muss sich unsere Zivilisation innerhalb bestimmter biophysikalischer, „planetarischer“, Grenzen (Johan Rockström) entwickeln. Vier von neun dieser Belastungsgrenzen sind bereits überschritten: beim Artenverlust, dem Stickstoffkreislauf, dem Klimawandel und bei Landnutzungsänderungen. Aber auch die übrigen ökologischen Grenzen signalisieren bereits dramatische Belastungen, etwa die Versauerung der Ozeane, der Stickstoff- und Phosphateintrag, der Wasserverbrauch sowie die Umwelt- und Luftverschmutzung.

((Und die ökologische Schieflage ist eben auch ein zentrales Gerechtigkeitsproblem und die damit verbundenen Ungleichheiten verschärfen sich durch drei Faktoren: 1. Die Regionen, deren Gesellschaften am meisten auf natürliche Ressourcen angewiesen sind, sind am stärksten betroffen. 2. Die Hauptbetroffenen sind oft nicht die Hauptverursacher, deren ökologischer Fußabdruck weit in die anderen Regionen der Erde reicht. 3. Die am stärksten betroffenen Regionen haben zumeist nicht die notwendigen Anpassungs- und Bewältigungskapazitäten.))

Durch den Aufstieg großer Schwellenländer und das Wachstum in den Entwicklungsländern ist ein Produktions- und Konsummodell unter Druck geraten, das darauf beruhte, dass ein kleiner Teil der Menschheit exklusiv einen großen Teil der Ressourcen und der Belastungskapazitäten dieser Erde nutzt. Die nachholende Entwicklung einer Reihe von Ländern zeigt nun, dass „business as usual“ in den Industrie- und Schwellenländern unweigerlich zum ökologischen Kollaps führen wird. Der Living Planet Report des WWF kommt zu dem Schluss, dass die Menschheit bei dem anhaltend hohen Ressourcenverbrauch bis zum Jahr 2030 zwei Planeten, bis 2050 knapp drei Planeten bräuchte, um den Bedarf an Nahrung, Wasser und Energie zu decken.

Die expansiven Produktions- und Konsumstrategien der Globalisierungsgewinner sind nicht mehr haltbar.

In Gesellschaften, in denen die Wachstumsraten also dauerhaft stagnieren oder ins Negative gehen, sei es aus ökologischer Umsicht oder Stagnation, in denen die Verteilungsspielräume enger werden, stellen sich viele über den Wohlstand und die Demokratie der Zukunft entscheidende Fragen neu: Wie können unter diesen Bedingungen Arbeitsplätze, Renten, Bildung, medizinische Versorgung gesichert werden? Wie könnten die Ess- und die Mobilitätsgewohnheiten einer ganzen Bevölkerung verändert werden? Wie sähen die Lehrpläne für eine Gesellschaft des „Weniger“ aus? Wie definiert man „gute Arbeit“? Wie sehen neue Institutionen aus? Die Beantwortung dieser Fragen, in erster Linie der sozialen Frage und ihre erfolgreiche Bearbeitung ist der Schlüssel zu einem gelingenden Übergang in eine andere – postwachstumsgesellschaftliche – Konstellation. Hier gibt es Ansätze für eine Debatte, vor allem in der alternativen Öffentlichkeit, aber kaum in den Parlamenten und den großen Medien.

Diese Debatte muss jedoch geführt werden. Denn die Stoßrichtung der anderen ist auch schon klar: Da gibt es die neoliberale Verzichtsideologie, in der die Ungleichheitsstrukturen der Wachstumsgesellschaft unangetastet bleiben und die verschiedenen Spielarten konservativer Wachstumskritik, der „Schrumpfung als Schicksal“, wie Meinhard Miegel das bezeichnet, die stark kulturpessimistische Züge trägt, die in Einschnitte ins soziale Netz mündet, und in der Rückbesinnung auf konservative Familienbilder emanzipative Erfolge aufheben möchte.

Neues ökonomisches Denken ist aber dann attraktiv, wenn deutlich wird, dass es hier nicht in erster Linie um Verzicht und Moral geht, sondern um Chancen auf ein besseres Leben für alle – um Zeitwohlstand für Bildung und Familie, um

sinnvolle Arbeit oder gemeinschaftliche Tätigkeiten. Und das muss politisch gestaltet werden. Postwachstum heißt eben nicht eine Schrumpfung per se, schon gar nicht im globalen Maßstab, die die bestehenden Strukturen unangetastet lässt. Wachstums- und Postwachstumsgesellschaften lassen sich deshalb nicht primär an den Wachstumsraten unterscheiden, sondern an der gesellschaftlichen und systemischen Funktion von Wachstum. Es geht um die Frage, wie ökonomische und gesellschaftliche Strukturen so verändert werden können, dass sie nicht mehr dem Wachstumsdruck unterliegen. Das Wachstumsdilemma ist nur durch strukturelle Veränderungen aufzuheben. Dabei wird „Wachstumsentzug“ nicht ohne Konflikte vonstattengehen. Denn die entscheidenden Fragen werden nicht den Marktakteuren überlassen, sondern als eine eminent politische und gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe begriffen, um die gerungen wird: was weiter wachsen kann, weil es zum Gemeinwohl beiträgt; was rückgebaut werden muss, weil es ökologisch und sozial abträglich ist; wie die Übergänge sozial gerecht gestaltet werden; und wie die unterschiedlichen Ansätze zur Effizienz, zur Verträglichkeit zwischen Natur und Produktions- und Konsumweisen (Konsistenz) und zum richtigen Maß (Suffizienz) kombiniert werden.

#### *8. Die ganze Wirtschaft in den Blick nehmen (3)*

Wachstumskritische Ansätze nehmen vor allem die Übernutzung der natürlichen Ressourcen in den Blick. Doch zur Maßlosigkeit gegenüber der Natur gesellt sich die Sorglosigkeit gegenüber den sozialen Ressourcen des Wirtschaftssystems, die ebenfalls täglich genutzt werden und scheinbar ebenso unendlich und unbewertet zur Verfügung stehen. Die Rede ist von der Sorgearbeit, ohne die kein Gemeinwesen und keine Wirtschaft funktionieren können und die dennoch aus der „offiziellen“ Ökonomie ausgeblendet wird, unsichtbar im Privaten verbleibt. Sorgearbeit, sowohl für andere als auch für

sich selbst, kann so unterschiedliche Bereiche wie Pflege, Erziehung, Bildung umfassen, in vielen Regionen aber auch Gesundheit, Wohnen, die Versorgung mit Wasser und Strom oder die Nahrungsmittelherstellung. Durch Sorgearbeit werden Lebensmöglichkeiten erst geschaffen. Jede Gesellschaft und jeder Mensch bedarf also Sorgearbeit. Doch wird diese in überwiegendem Maße Frauen zugewiesen und von ihnen auch erbracht. Diese Ungleichverteilung trägt maßgeblich zu den Geschlechterungerechtigkeiten auf den Arbeitsmärkten und in der Wirtschaft bei.

Zukunftsfähige Fortschrittsmodelle müssen deshalb notwendigerweise nicht nur ökologisch nachhaltig sondern auch geschlechtergerecht sein und die geschlechtergerechte Verteilung der Sorgearbeit in den Mittelpunkt stellen. Der eindimensionale Blick auf die Ökonomie zerstört nicht nur die Umwelt sondern auch die sozialen Grundlagen von Gesellschaften. Es braucht konkrete Sozialpolitik aber auch einen grundsätzlichen Perspektivwechsel. Analog zu den ökologischen Wachstumsdebatten, muss auch hier wieder stärker der Blick vom Menschen und seinen Bedürfnissen ausgehen: Welche Voraussetzungen braucht es für gute Sorgearbeit? Wie kann sie gerecht verteilt werden? Wie kann sie besser anerkannt, aufgewertet und organisiert werden? Wie kann sie in den ökonomischen und gesellschaftlichen Indikatoren abgebildet und damit sichtbar gemacht werden? So entsteht ein Blick auf die Ökonomie „als ob alle Menschen zählten“ und der Umgang mit Sorgearbeit wird zum Ausgangspunkt für eine geschlechtergerechte, nachhaltige Ökonomie.

#### *9. Ökonomie für das 1 Prozent (4)*

Propagiert wurde die ökonomische Globalisierung als der große Gleichmacher, der Wohlstand und Marktchancen über die ganze Welt verteilt. Tatsächlich lassen sich, global gesehen, in den letzten Jahren erhebliche Entwicklungsfortschritte feststellen. Allein im ersten Jahrzehnt des neuen

Jahrtausends ist die Zahl der Niedrigeinkommensländer von 60 auf 39 gesunken und auch viele andere Armutsindizes haben sich verbessert. Dennoch ist die Welt heute weit davon entfernt, den Weg zu einem globalen Dorf zu beschreiten, viele Entwicklungsfortschritte weltweit wurden durch die Finanzkrise jäh unterbrochen. Zwar hat sich die Einkommensungleichheit zwischen reichen und armen Ländern in den letzten Jahren verringert. Am globalen Entwicklungsdilemma hat sich jedoch nichts geändert: Zum einen wirken sich globale Probleme (etwa bei Gesundheit, Bildung, Klima, Ernährung oder Konflikten) nicht überall gleich aus, sondern konzentrieren sich geografisch. Ökonomische Krisen verschärfen dies weiter, da sie letztlich vor allem die Länder mit den geringsten Anpassungsmöglichkeiten am stärksten treffen. Und zum anderen lagern viele entwickelte Länder Ungerechtigkeit und Armut in andere Gesellschaften aus, in Form von billigen Löhnen, schlechten Produktionsbedingungen, Landkauf und -raub und Umweltverschmutzung. Die reichen Länder, so Stephan Lessenich, leben nicht über ihre Verhältnisse, sondern über die Verhältnisse anderer.

Dass die soziale Frage in vielen Ländern wieder im Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen steht, liegt in erster Linie jedoch daran, dass sich die Ungleichheit innerhalb vieler Gesellschaften extrem verschärft.

8: Das ist, so Oxfam, die Zahl der reichsten Menschen der Welt, die so viel besitzen wie die ärmsten 3,6 Milliarden, die Hälfte der Menschheit; 2010 waren es noch 388, 2015 62 Superreiche. Selbst im Zuge der weltweiten Krisenbewältigung von 2010 bis 2015 wurden die 62 Reichsten noch um 542 Milliarden reicher, während die ärmste Hälfte der Menschheit eine Billion USD verlor. „Pour up“ scheint nun die Devise zu sein, statt des jahrelang propagierten „trickle down“. Heute ist der Leitspruch der amerikanischen

Occupy-Bewegung „Wir sind die 99 Prozent“ keine Übertreibung mehr: Global gesehen leben wir in einer wahren Ökonomie für das „1 Prozent“: Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt mehr als die restlichen 99 Prozent zusammen. Deregulierung von Arbeits- und Finanzmärkten, Vermögenskonzentration und Bereicherungsmentalität bei den ohnehin Privilegierten, kapitalfreundliche Steuersysteme inklusive Steuervermeidungs- und in der Vergangenheit kaum geahндeter Steuerfluchtpraktiken, eine extreme Shareholder-Value-Orientierung, Entkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und materiellem Wohlstand, Spreizung der Arbeitseinkommen, mangelnde Bildungschancen: Die Trends und Strukturen zu mehr Ungleichheit sind unverkennbar – und auch deren Folgen.

Ungleichheit erschwert die Armutsbekämpfung und verhindert oft den Aufbau neutraler und funktionierender Institutionen. Starke Vermögenkonzentration vergrößert die Krisenanfälligkeit der Weltwirtschaft, da die stets höhere Renditen suchenden Vermögen zu immer riskanteren Anlageformen drängen. Insgesamt zementiert Ungleichheit gesellschaftliche Macht- und Chancenverhältnisse, untergräbt Demokratie und politische Stabilität und verstärkt die Entfremdung in der Gesellschaft. Bereits heute empfinden viele die starke Ungleichheit als inakzeptabel und ungerecht, als eine Verletzung der „moral economy“ (Edward Thompson).

Konkrete Stichworte: Steuergerechtigkeit, gute Arbeit weltweit, equal pay, Arbeitszeitverkürzung.

### *10. Digitalisierung (5)*

Digitalisierung ist ein großes Thema und ihr habt dazu einen eigenen Schwerpunkt. Deshalb von mir dazu nur eine allgemeine Bemerkung, die das reflektiert, was ich in unseren Debatten erlebe:

Zwar haben technologische Innovationen mindestens zwei Seiten, und die Kehrseiten des Fortschritts hin zum „zweiten Maschinenzeitalter“ (Erik Brynjolfsson/Andrew McAfee) sind allgemein bekannt: Automatisierung von Routinejobs, Verschärfung der Ungleichheit, allgegenwärtige Überwachung, Verletzungen der Privatsphäre und unsichere technologische Folgeabschätzungen. Blind darf man also nicht sein gegenüber technologischen Innovationen. Aber: Genauso wenig taugen Denkverbote, geht es doch darum, wie das gesellschaftliche und demokratische Potenzial von Technologie zu entfalten ist und welche Bedingungen es dafür geben muss. Die technologische Entwicklung ist eine Chance, die uns erlaubt, vieles wieder selbst in die Hand zu nehmen.

Die politische Linke sollte also weniger Vorbehalte gegen Technologie haben und mehr über ihre gesellschaftliche Dimension nachdenken – Technologie ist ja keine autonome Kraft, sondern wird von Menschen entwickelt und eingesetzt. Uns stellen sich hier die gleichen Fragen wie in anderen Bereichen: Wer hat Zugang zu Technologie? Wessen und welche Bedürfnisse werden durch Technologie befriedigt? Und wer darf darüber entscheiden? Technologie kann Herrschaft und Gewinnmaximierung zementieren oder Menschen Arbeit, Leben und Teilhabe erleichtern. Kurz: Dass der Maschinenkapitalismus aktuell nicht gerade hoch im Kurs steht, liegt nicht an den Maschinen.

### *11. Staatsfragen (6)*

Im Globalisierungsrausch der 1990er Jahre wurde der Staat pauschal diskreditiert und die globalen Prozesse gegen den „Moloch“ Staat in Stellung gebracht. In den letzten Jahren hingegen lässt sich tatsächlich eine Renaissance des Staates beobachten; jedoch tritt er hier weniger als aktiver Gestalter des strukturellen Umfelds für eine zukunftsweisende ökonomische Transformation,



sondern in erster Linie als Krisenmanager, Stabilisator und Bewahrer dort auf, wo die Märkte versagen.

Für sozialdemokratische und sozialistische Parteien ist das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft seit jeher ein zentrales Thema, das sich in den verschiedenen Ländern und Zeiten ganz unterschiedlich darstellt. Ihre Politik richtete sich in der Vergangenheit nicht nur darauf, Staat und Herrschaft zu demokratisieren: Mit einem aktiven Staat verbanden sie auch die Hoffnung, soziale Demokratie in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen – auch in der Wirtschaft – durchzusetzen. Der Staat wurde dabei zum zentralen Reforminstrument, mit dessen Hilfe man regulierte, Impulse setzte, umverteilte und Innovationen anstieß. In den letzten Jahrzehnten jedoch ist der Reformeifer vieler Staaten erlahmt, und auch ihr Regulierungsinstrumentarium wurde mit der (Finanz-) Marktöffnung und Globalisierung ausgedünnt und aufgegeben.

Heute muss es deshalb aus meiner Sicht um zwei Fragen gehen.

Erstens: Wie können die Institutionen des Staates so instandgesetzt werden, dass sie die alte Aufgabe des Zähmens und Regulierens wieder erfüllen können? Also z.B. sicherstellen, dass Wege eines gerechten Übergangs auch die Verlierer von Transformationsprozessen berücksichtigen? Und Handlungsspielräume für neue ökonomische Ansätze ermöglichen und den Druck globaler Märkte reduzieren? Das bedeutet nicht, dass der Staat alles in die Hand nehmen soll. Aber als Kernaufgabe staatlichen Handelns muss wieder verstanden werden, die Wirtschaft an gesellschaftlichen Bedürfnissen zu orientieren. Und da gibt es eine klare Rollenverteilung: Der Staat soll regulieren und die Wirtschaft und die Unternehmen sollen reguliert werden.

Und auch wenn dies zurzeit komplex, wenig greifbar und vor allem nur schwer zu bewerben sein mag: Vieles lässt sich nur regional und global umsetzen.

Aufgabe sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien ist es deshalb mehr denn je, Ideen von Governance und Regieren jenseits des Nationalstaats zu entwickeln. Ohne in einen naiven Steuerungsoptimismus zu verfallen: Bei Sozialdemokratinnen und Sozialisten überwiegt die Einsicht, 1. dass verbindliche globale Ordnungsrahmen und Regelwerke zur Zivilisierung der Beziehungen zwischen den Staaten beigetragen haben, 2. dass globale und regionale Kooperation nicht zu mehr, sondern zu weniger Komplexität führt (weil das so geschaffene Vertrauen Komplexität und Unsicherheit reduziert und Gestaltungsspielräume zurückerobert), und 3. dass deshalb auch in schwierigem Fahrwasser nicht Selbstentbindung von globalen Regeln, sondern der beharrliche Ausbau der bisher noch sehr selektiven Global Governance zu betreiben ist. Trotz EU-Krise, trotz des schlechten Zustands vieler anderer regionaler Zusammenschlüsse und der Erschütterungen im internationalen System gilt auch heute: Die Reichweite nationalstaatlicher Politik ist zu beschränkt, um globale Herausforderungen wirksam bewältigen zu können. Anders als auf lokaler oder nationalstaatlicher Ebene sind Reformvorschläge auf internationaler Ebene am wenigsten greifbar, ja selbst in Zeiten internationaler Zusammenarbeit am schwierigsten umzusetzen. Aber selbst wenn schnelle Erfolge wenig wahrscheinlich sind, bleibt Global Governance der einzige Weg zu einem „gesunden Internationalismus“ (Boutros Boutros Ghali).

### Ermöglicher

Ein gestaltender Staat kann heute aber nicht nur die Dinge „von oben“ regulieren, er muss auch die Impulse „von unten“ aufnehmen und verstärken.

Hier setzt die zweite Frage an: Wie kann der Staat stärker zum „Ermöglicher“ für die Entwicklung verschiedener Formen der Selbstorganisation, des Gemeinwohls und die Fähigkeit der Gesellschaften insgesamt fördern, die sozial-ökologische Transformation zu tragen und voranzubringen? Dazu sind

staatliche Strukturen und Aktivitäten so auszurichten, dass sie soziopolitische Innovationen fördern, schützen und in das größere Gemeinwohl einordnen. Um Gemeinwohlansätze zu fördern, müssen sich staatliche Institutionen auf den unterschiedlichen Ebenen zunächst darauf konzentrieren, die „Erschließungswerkzeuge“ (materielle Infrastruktur wie Technologie, Kapital, Wissen, soziale Räume) für Gemeinwohlprojekte bereitzustellen.

Manche Gemeinwohlstrukturen bestehen schon seit Langem, wie die 500 Jahre alten gemeinschaftlichen Bewässerungsstrukturen in den Schweizer Alpen. Andere, wie Wikipedia, haben unsere Wissenskultur in kurzer Zeit entscheidend verändert, demokratischer und zugänglicher gemacht. Ähnlich wie die Sorgearbeit sind Ansätze der solidarischen Ökonomie bereits heute fester Bestandteil von Ökonomien und sichern Lebensunterhalt und Grundversorgung von Millionen von Menschen sowie die lokale Entwicklung zahlreicher Kommunen weltweit.

Diese Pioniere einer anderen Gesellschaft warten nicht auf den großen Wurf, der schlagartig alle Probleme beseitigt. Vielmehr wird auf zahllosen kleinen Feldern mit verschiedensten Lösungen experimentiert. Im besten Falle vereinen diese Initiativen Werte und Strategien, die den Transformationsgedanken fördern und ihn auf eine gesellschaftliche Grundlage stellen können. Zunächst geht es um Selbstermächtigung und das Gefühl, aus eigener Kraft zu einem guten und gelingenden Leben beitragen zu können. Funktionierende Alternativen unter den gegebenen Bedingungen zu schaffen, kann motivieren und die zum Teil verschüttete politische und gesellschaftliche Kreativität von Menschen freisetzen. An die Stelle bloßer Abwehrkämpfe (gegen Sozialabbau! Umweltverschmutzung! Bankenmacht!) tritt positives Denken, das konkret nach den Bausteinen einer demokratischeren, sozial gerechten und nachhaltigen Welt fragt. Weiter lässt sich die Idee des

Gemeinwohls nicht ohne Menschen denken, die miteinander kooperieren, gemeinsame Räume schaffen und so demonstrieren, dass sich individuelle und kollektive Interessen nicht ausschließen. Menschen sind „besser als rational“, so die Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom; sie besitzen oft erstaunliche Fähigkeiten, beständige, vielfältige und originelle Regelsysteme zu entwickeln, um gemeinsame Ressourcen nachhaltig zu nutzen und soziale Dilemmata zu überwinden.

Diese „Gemeinschaftspraxis“ trägt dazu bei, die Ökonomie wieder stärker an gesellschaftlichen Bedürfnissen auszurichten und zu demokratisieren. Eine am Gemeinwohl orientierte Produktion, Verteilung, Verwaltung und Konsumtion richtet sich gegen die Logik von Shareholder-Value-Strategien, für die soziale Fragen und Nachhaltigkeit oft belanglos sind. Demokratisches Selbstmanagement und gemeinsames Eigentum können klassische profitorientierte Marktstrukturen schrittweise durch solidarisch-demokratische Ansätze ersetzen, denen es um ökologische Nachhaltigkeit und das Wohlergehen aller geht. Die Kontrolle über Produktion und Verteilung sowie Zusammenschlüsse und Allianzen mit sozialen Bewegungen helfen wiederum, über die jeweilige Initiative hinausweisende Forderungen zu stellen und den Boden für weitere solidarische Projekte zu bereiten.

## *12. Demokratie (7)*

Im Kern ist die Transformation kapitalistischer Wachstumsgesellschaften eine demokratische Frage.

Hartnäckige Überzeugung, dass demokratische Institutionen die Krisen nicht mehr bewältigen können. Was auch damit zusammenhänge, dass heute die Frage „wer regiert?“ nicht mehr eindeutig zu beantworten sei. Dabei lassen sich die Verschiebung politischer Macht- und Entscheidungszentren hin zu mächtigen Wirtschaftsakteuren, die Auslagerung zentraler politischer

Steuerungsaufgaben in die Ökonomie und die grundsätzliche Orientierung an den Interessen „der Märkte“ kaum von der Hand weisen. 69 der 100 größten „Ökonomien“ weltweit sind transnationale Konzerne, mit Walmart auf Platz 10 noch vor Spanien, Australien und den Niederlanden. Dass die Anhäufung ökonomischer Macht Hand in Hand geht mit politischem Einfluss, lässt sich am starken Lobbyeinfluss auf Gesetzgebungsprozesse ebenso ablesen wie am rücksichtslosen Geschäftsgebaren transnationaler Konzerne in vielen Entwicklungsländern. In der „marktkonformen Demokratie“ werden nicht mehr die Ergebnisse marktgesteuerter Wirtschaftsprozesse politisch bewertet und wenn notwendig korrigiert, sondern das Gemeinwesen wird an die Bedürfnisse der Märkte angepasst.

Zum andern: Nicht nur fühlen sich immer mehr Menschen vom sozialen Fortschritt ausgeschlossen, sondern auch nicht mehr mit ihren Ängsten, Bedürfnissen und Biografien von den Institutionen und ihren Verantwortlichen repräsentiert. Hier artikuliert sich die Krise der Demokratie in erster Linie als eine Krise des Vertrauens gerade in die zentralen Institutionen der Meinungs- und Mehrheitsbildung.

All dies beeinträchtigte in den vergangenen Jahren den Erhalt, erst recht die Weiterentwicklung demokratischer Institutionen und Kultur. Mehr noch: Der Spielraum für Demokratie wurde in vielen Ländern sogar erheblich eingeschränkt. Demokratische Strukturen werden zunehmend ausgedünnt, demokratische Prozesse auf Regierungstechniken, Plebiszite und Öffentlichkeitsarbeit verkürzt – bis hin zur politischen Kommunikation als Grundrauschen mit wenig Bezug zur Wahrheit, wie jüngst die Brexit-Kampagne oder Donald Trump par excellence demonstrierten. Das emphatische Verständnis von Demokratie dagegen, d.h. Demokratie als „Lebensform“ (John

Dewey) und Experimentierfeld für Formen des Zusammenlebens, verliert an Bedeutung.

Mit Blick auf eine ökonomische Transformation bedeutet Demokratie erneuern, den Menschen wieder zu ermöglichen, mit ihrem politischen Denken, Handeln und Eingreifen etwas zu bewirken. Während der rechte Populismus eine Kultur der Unselbständigkeit und des Nichtverstehens fördert, muss sozialdemokratische und sozialistische Politik dazu beitragen, dass sich die Menschen – in Kooperation mit anderen – ihre Welt wieder selbst aneignen können, so dass daraus Sinn und Gemeinschaft entsteht.

Die Mitglieder einer Gesellschaft als neue „soziale Macht“ und der Staat müssen Partner sein beim Aufbau von Alternativen. Damit diese Partnerschaft gelingen kann, muss das Verhältnis zwischen staatlichen Institutionen und aktiven Bürger\_innen und ihren Initiativen flexibel bleiben. Sie muss Raum bieten, voneinander zu lernen, Korrekturen vorzunehmen und Impulse aufzugreifen. Dies setzt ein Staatsverständnis voraus, das Bürgerinnen und Bürger nicht nur als passive Empfänger von Dienstleistungen sieht, sondern als „produktive“ Gesellschaftsmitglieder. Der Staat selbst muss also transparent werden und jenseits von Wahlen und Plebisziten neue partizipative Institutionen schaffen, nicht nur um den Austausch über Transformationsansätze zu fördern, sondern auch um den demokratischen Elan der Projekte und Initiativen aufzunehmen und insgesamt die Demokratie zu stärken.

Bereits heute gibt es viele Beispiele, wie „Mini-Öffentlichkeiten“ politische Entscheidungen auf lokaler und nationaler Ebene orientieren. Sie reichen von lokalen „Konsultativen“ (Claus Leggewie) zur Energiewende und zum öffentlichem Transport, über „Participatory Budgeting“, „Town meetings“ und Bürger-Jurys bis zum mittlerweile berühmten „Ameisenhügel“ in Island – dort

wurden als Reaktion auf den Vertrauensverlust in die Politik nach der Finanzkrise rund tausend Bürgerinnen und Bürger zufällig ausgewählt, um Vorschläge für die neue Verfassung auszuarbeiten, die anschließend durch den systematischen Einsatz sozialer Medien von weiten Teilen der Bevölkerung kommentiert wurden. Hier geht es nicht um Konkurrenzinstitutionen für Parlamente und Magistrate: Vielmehr können zumeist lokale Institutionen, die die „Weisheit der Vielen“ nutzen und den argumentativen Austausch fördern, nicht nur zu sachgerechteren und praxistauglicheren Antworten, sondern auch zu einem nachbarschafts- oder gemeindebezogenen politischen Wir-Gefühl führen – jenseits der Identitätspolitik von rechts. An vielen Orten weltweit gibt es bereits zahlreiche dieser demokratischen Experimente. Bislang werden sie aber oft nicht genügend ernst genommen. (Wirtschaftsdemokratisches Konzept – viel gesagt)

Nicht naiv: Eine substanzielle progressive Alternative ist ohne gesellschaftliche Auseinandersetzungen nicht zu realisieren (XX- Parteien müssen sich ändern, öffnen).

Alternativen führen auf unbekanntes Terrain, auf dem niemand besonders trittsicher ist. Sie machen angreifbar, weil man sich heute immer mehr auf die Gegenwart und auf akutes Krisenmanagement fixiert. Doch keine Bange: Realist ist, wer die Wirklichkeit zum Maßstab seines Handelns macht. Wenn sich die sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Bedingungen so gravierend verändern wie in den letzten Jahren, dann verweigern sich nicht diejenigen der Realität, die aus den jeweiligen Umständen ein Umdenken und Umsteuern ableiten, sondern diejenigen, die glauben, dass alles so weiter gehen kann wie bisher, die sich im Status Quo einrichten oder (scheinbar) simple Lösungen präsentieren.